



numéro 72, février 2026
paraît 6 fois par an
15^{ème} année

CGFP

fonction publique

compact



SCHLICHTUNG VORLÄUFIG GESTOPPT: CGFP ZEIGT STÄRKE, REGIERUNG UNTER DRUCK

Eigentlich sollte es am 6. Februar ernst werden: An diesem Tag war die erste Sitzung der zuständigen Schlichtungskommission anberaumt – der formelle Auftakt eines Verfahrens, das die CGFP bereits im Oktober vergangenen Jahres gegen die Regierung eingeleitet hatte. Auslöser waren die im Gesundheitsbereich geplanten Neugründungen der *Centrale nationale d'achat et de logistique* (CNAL) sowie der *Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé* (ALMPS). Deren Aufgaben sollen in öffentliche Einrichtungen ausgelagert werden, die nach privatrechtlichen Kriterien funktionieren. Für die CGFP stellt dies ein No-Go dar.

Doch nur vier Tage vor der ersten Schlichtungsrunde kam Bewegung in die festgefahrene Situation. In einem RTL-Interview erhöhte CGFP-Präsident Romain Wolff den Druck auf

die CSV-DP-Koalition. Sollte es vor Beginn der ersten Schlichtungsrunde keine eindeutigen politischen Signale geben, sei die CGFP bereit, „das gesamte Verfahren konsequent bis zum Schluss durchzuziehen“, so Wolff. Die Botschaft war unmissverständlich: Die Schlichtung ist kein taktisches Manöver, sondern ein legitimes gewerkschaftliches Instrument, wenn politisches Schweigen zur Methode wird.

Blitzreaktion der Regierung

Unmittelbar nach dem RTL-Interview ließ die Reaktion der Regierung nicht auf sich warten. Premierminister Luc Frieden signalisierte Gesprächsbereitschaft gegenüber der CGFP und kündigte an, sich über „die Modalitäten bei der Vorbereitung möglicher künftiger öffentlicher Einrichtungen“ austauschen zu wollen.

Zugleich teilte er mit, dass der umstrittene Gesetzentwurf zur Errichtung der *Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé* vorerst auf Eis gelegt werde. Diese Zusage wurde wenig später auch schriftlich vom Premierminister bestätigt – ein deutliches Signal, dass die Regierung die Lage ernst nimmt und zu konkreten Schritten bereit ist.

Vor diesem Hintergrund entschied die CGFP nach reiflicher Überlegung, das eingeleitete Schlichtungsverfahren bis auf Weiteres auszusetzen. Die für Anfang Februar geplante erste Sitzung des Schlichtungsausschusses wurde verschoben. Dabei handelt es sich nicht um einen Rückzug, sondern um eine gezielte Suspendierung, die den Gesprächen den gebührenden Raum verschafft.

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

VOYAGEZ L'ESPRIT LÉGER

Confiez vos déplacements,
séjours et vacances à l'étranger
au personnel expérimenté,
serviable et compétent de



LUX VOYAGES CGFP

25A, boulevard Royal (Forum Royal)
L-2449 Luxembourg • Tél. 47 00 47 - 1
e-mail: info@luxvoyages.lu

OUVERT LE SAMEDI MATIN

Warum es überhaupt so weit kommen musste, liegt auf der Hand: Monatelang hatte die CGFP vergeblich versucht, mit der Gesundheitsministerin ins Gespräch zu treten. Schriftliche Anfragen blieben jedoch unbeantwortet und selbst im Rahmen des Quadripartite-Ausschusses zeigte sich die Ministerin unnachgiebig. Sinngemäß ließ sie damals verlauten, dass zunächst der Gesetzentwurf zur Gründung der CNAL den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt werde. Anschließend könne jeder abwägen, wie er damit umgehe. Für die CGFP ist dieses Verhalten nicht nur kurzfristig, sondern ein offener Affront. Als im Oktober immer noch keine Bewegung in Sicht war, blieb ihr keine andere Wahl, als das Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Zur Erinnerung: Zwei Tage bevor die Volksvertreter über die Schaffung der nationalen Einkaufs- und Logistikzentrale abstimmen sollten, hatte die CGFP die Ministerin aufgefordert, den hochumstrittenen Gesetzentwurf 8399 unverzüglich von der parlamentarischen Tagesordnung nehmen zu lassen. Dieses Projekt durchzupeitschen wäre „ein schwerer Angriff auf den öffentlichen Dienst“, hieß es in der CGFP-Pressemitteilung vom 28. Oktober. Trotz des zuvor von der CGFP eingeleiteten Schlichtungsverfahrens zeigte Ministerin Deprez keinerlei Einlenken.

Auf der anschließenden CGFP-Generalversammlung hagelte es Kritik. Die Delegierten verurteilten die „arrogante“ Vorgehensweise der Regierung, die ohne Rücksprache mit der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst den Sozialdialog „ad absurdum“ führe. Ein solcher politischer Stil habe in einer Demokratie keinen Platz, hieß es weiter. Die jüngste Entspannung ändert nichts an der Grundhaltung der CGFP: Staatliche Kernaufgaben – insbesondere im sensiblen Bereich der öffentlichen Gesundheit – dürfen nicht schrittweise in privatrechtliche Strukturen ausgelagert werden. Ein solcher Kurs wäre nicht nur politisch fragwürdig, sondern rechtlich hochproblematisch.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Die CGFP verweist dabei auf das Gehälterabkommen von 2002, in dem ausdrücklich festgehalten wird, dass das Personal der „Établissements publics“ ein öffentlich-rechtliches Statut erhält. Diese Vereinbarung wurde aus Gründen der Transparenz, Harmonisierung und Fairness getroffen – und gilt bis heute. Die zunehmende Praxis, neue Einrichtungen nach privatrechtlichen Kriterien zu schaffen, untergräbt diese Abmachung.

Hinzu kommt die verfassungsrechtliche Dimension: Artikel 41 des luxemburgischen Grundgesetzes legt die Verantwortung für die öffentliche Gesundheit eindeutig beim Staat fest. Die



Der Druck zahlte sich aus: Nach dem RTL-Vorstoß von CGFP-Präsident Romain Wolff erklärte sich die Regierung zu Gesprächen über die künftige Handhabung öffentlicher Einrichtungen bereit und legte einen kontroversen Gesetzentwurf vorläufig auf Eis.

geplante Auslagerung zentraler Aufgaben in diesem Bereich bewegt sich rechtlich auf sehr dünnem Eis. Auch die Berufskammer der öffentlich Bediensteten hat in einem Gutachten in aller Deutlichkeit vor einer Privatisierung staatlicher Dienstleistungen gewarnt.

Ein alter Konflikt in neuem Gewand

Die aktuelle Debatte über den Umgang mit öffentlichen Einrichtungen ist nur die jüngste Episode einer langjährigen Auseinandersetzung. Schon Anfang der 2000er-Jahre beobachtete die CGFP die Gründung dieser Strukturen mit wachsender Skepsis. Bereits damals zeigte sich – und das gilt unverändert bis heute – dass die Transparenz mangelhaft ist, rechtliche Unsicherheit besteht und das öffentlich-rechtliche Statut ausgehöhlt wird.

Der seit Jahren anhaltende deutliche Anstieg der „Établissements publics“ birgt die Gefahr, dass staatliche Organe die Kontrolle über die Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes zunehmend verlieren. Die politischen und rechtlichen Verantwortlichkeiten laufen zudem Gefahr, verwässert und zersplittert zu werden.

Zwischen 2002 und 2009 kam es wiederholt zu heftigen Schlagabtauschen zwischen der CGFP und den politisch Verantwortlichen. Immer wieder stand dabei die gleiche Grundfrage im Mittelpunkt: Welche Aufgaben müssen zwingend in staatliche Verwaltungen fallen – und unter welchen Bedingungen dürfen öffentliche Einrichtungen überhaupt geschaffen werden?

Im August 2006 wandte sich die CGFP an die Schlichtungskommission. Nachdem die damalige Regierung daraufhin einige Zugeständnisse

gemacht hatte, beantragte die CGFP im Juli 2007 die Aussetzung des Verfahrens, bis ein Rahmengesetz für die öffentlichen Einrichtungen vorliegt. Rund ein Jahr später erhielt die CGFP einen Vorentwurf, der jedoch einen klaren Rückschritt darstellte. Daraufhin beantragte sie im Oktober 2008 die Wiederaufnahme des Schlichtungsverfahrens.

Bereits im November 2003 hatte eine Arbeitsgruppe auf Regierungsebene den Auftrag erhalten, eine Richtlinie zur Gründung öffentlicher Einrichtungen auszuarbeiten. Diese Leitlinie wurde jedoch auf Anweisung der Regierung im Februar 2017 aufgehoben, ohne dass die CGFP informiert oder mit ihr diskutiert worden war. Fazit: Ein umfassendes Rahmengesetz, das klare Regeln festlegt, existiert bis heute nicht.

CGFP hält Druck aufrecht

Aus Sicht der CGFP geht es längst nicht mehr um Einzelfälle: Öffentliche Einrichtungen werden nach wie vor als flexibles Schlupfloch genutzt, um die Regeln des Staatsdienstes zu umgehen. Auf den ersten Blick mag das praktisch erscheinen – langfristig

jedoch gefährdet diese Herangehensweise die Einheit sowie die Glaubwürdigkeit des öffentlichen Dienstes und wirft einen Schatten auf das Vertrauen in den Staat selbst.

Die Unterredung zwischen der CGFP und der Regierung über die künftige Ausrichtung der öffentlichen Einrichtungen wird Anfang März stattfinden. Von Regierungsseite werden Premierminister Luc Frieden und der Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, daran teilnehmen. CGFP-Präsident Romain Wolff erklärte jedoch gegenüber dem *Luxemburger Wort*, es wäre wünschenswert, wenn auch Gesundheitsministerin Martine Deprez bei dem Treffen dabei wäre.

In einer am 6. Februar veröffentlichten Pressemitteilung betonte die CGFP, dass sie die anstehenden Gespräche „lösungsorientiert“ und mit einem klaren Fokus auf die Interessen der Beschäftigten führen werde. Zudem äußerte der Dachverband aller Staatsbediensteten die Hoffnung, dass die Regierung „Lehren aus bisherigen Fehlern zieht“ und den Sozialdialog tatsächlich neu belebt.

Ob der jüngste Kurswechsel der CSV-DP-Koalition mehr als eine taktische Atempause ist, wird sich zeigen. Sollte sich jedoch herausstellen, dass ihre Dialogbereitschaft nicht von echter Einsicht getragen ist, liegt das ausgesetzte Schlichtungsverfahren weiterhin griffbereit in der Schublade. Sozialdialog funktioniert nur dann, wenn er ernst gemeint ist – dieser Verantwortung müssen sich die politisch Verantwortlichen spätestens jetzt bewusst sein.

Max Lemmer



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1

Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Nouveau
plafond fiscal
Jusqu'à 4 500 €
déductibles
par an

Pension Plan

**Préparez votre retraite dès
aujourd'hui tout en profitant
d'importantes déductions fiscales**

Pension Plan, le contrat prévoyance vieillesse selon l'article 111bis L.I.R.* qui vous permet d'épargner un capital pour votre retraite, tout en profitant chaque année de déductions fiscales significatives.

Une assurance  **baloise**

*Loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu (L.I.R.)



CGFP Assurances S.A.

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg

Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu



Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst

Gefordert – bestätigt: CGFP bleibt alleiniger Verhandlungspartner

Wer bei den Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst am Tisch sitzt, ist keine Nebensächlichkeit – es geht um demokratische Legitimität und gewerkschaftliche Prinzipientreue. Die beiden national repräsentativen Gewerkschaften im Privatsektor haben wiederholt gefordert, Teil der Verhandlungsdelegation zu sein und berufen sich dabei darauf, dass die CGFP auch im Ständigen Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung vertreten ist. Bei näherer Betrachtung überzeugt dieses Argument allerdings weder rechtlich noch sachlich.

„Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen“, warnte CGFP-Präsident Romain Wolff am vergangenen 2. Februar in der RTL-Sendung *Invité von der Redaktion*. Jegliche Versuche, die Gewerkschaften zu spalten, seien kontraproduktiv und nutzten niemandem – weder im öffentlichen Dienst noch im privaten Sektor, so Wolff.

Zugleich betonte er, dass die CGFP in der Vergangenheit stets vernünftig und verantwortungsvoll verhandelt habe. In Krisenzeiten – etwa während der Finanzkrise 2010 oder der Corona-Pandemie – habe der Dachverband aller öffentlich Bediensteten teilweise auf Forderungen verzichtet und Nullrunden akzeptiert. Dies zeige die kooperative Rolle der CGFP im Dialog mit der Regierung. Die von der CGFP ausgehandelten Abkommen würden zudem auch in anderen Bereichen differenziert umgesetzt. Dabei sei die CGFP kaum für eine mangelhafte Verhandlungsführung kritisiert worden.

Schluss mit der Polemik

Die Zahlen sprechen für sich: Bei den letzten Sozialwahlen sicherte sich die CGFP 23 von 24 Sitzen, die dem öffentlichen Dienst in der *Chambre des fonctionnaires et employés publics* vorbehalten sind. Der OGBL erhielt lediglich einen Sitz, während der LCGB, der überhaupt nicht an den Wahlen teilgenommen hatte, leer ausging. Vor diesem Hintergrund bestand die CGFP darauf, alleiniger Ansprechpartner der Regierung für die Gehälterverhandlungen der Staatsbediensteten zu bleiben. Insbesondere Beamtenminister Serge Wilmes sei jetzt gefor-

dert, öffentlich Stellung zu beziehen und die anhaltende „Polemik“ zu beenden, unterstrich Romain Wolff.

Nur einen Tag nach der Ausstrahlung der Sendung reagierte der Minister des öffentlichen Dienstes auf die Forderung der CGFP. Serge Wilmes erklärte gegenüber RTL, dass die CGFP aufgrund der klaren Ergebnisse der jüngsten Sozialwahlen im Staatsdienst weiterhin der exklusive Verhandlungspartner der Regierung für künftige Gehälterabkommen beim Staat bleibe. Diese Klarstellung wurde auf den sozialen Kanälen der CGFP ausdrücklich begrüßt und als positives Signal gewertet. Stabilität, Verlässlichkeit und fachliches Know-how seien damit für die kommenden Verhandlungen gewährleistet. Zugleich unterstreiche dies die zentrale Rolle der CGFP im Dialog mit der Regierung sowie ihre Verantwortung, die Interessen aller öffentlich Bediensteten zu vertreten.

Neuer Schwung im Sozialdialog?

Der klare Kurs zugunsten der CGFP als exklusiver Verhandlungspartner im öffentlichen Dienst schafft zugleich eine solide Grundlage für einen konstruktiven Austausch in anderen Bereichen. Mit dem Amtsantritt von Arbeitsminister Marc Spautz sieht Romain Wolff die Chance auf einen Neuanfang im Sozialdialog: „Ich gehe davon aus, dass sich in absehbarer Zeit etwas tun wird.“ Zugleich räumte er ein, dass es für den Minister eine anspruchsvolle Aufgabe sei, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen. Es sei ein positiver Ansatz, dass mit den Gewerkschaften der Dialog aktiv gesucht werde. Auf dieser Grundlage richtet die CGFP den Blick auf konkrete soziale Fragen, bei denen aus ihrer Sicht Handlungsbedarf besteht – etwa beim Mindestlohn. Der CGFP-Präsident zeigte Verständnis dafür, dass eine Anhebung Druck auf die Unternehmen und die Preise auslösen könne, betonte jedoch: „Es ist unsere Aufgabe, die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen.“ Viele Menschen würden den Mindestlohn beziehen; für sie sei es dringend notwendig, dass sich etwas bewege. Zudem plädierte er dafür,

die Gehälter im öffentlichen Dienst bei der Berechnung des Mindestlohns zu berücksichtigen – dagegen spreche nichts. Nur wenig später ließ der Arbeitsminister in einer parlamentarischen Kommissionssitzung durchblicken, dass dieser Forderung Folge geleistet werde.

Diese Diskussion führt direkt zu einer breiteren Debatte über die Rolle der Staatsbediensteten, die immer wieder infrage gestellt wird. So titelte zum Beispiel neulich das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*: „Die Staatsverdiener – Warum Deutschland weniger Beamte braucht.“ Das traditionelle System der Staatsdiener sei zu teuer, zu privilegiert und in Zeiten knapper Kassen kaum mehr gerechtfertigt, hieß es sinn-

gemäß. Dem entgegnete CGFP-Präsident Romain Wolff: „Die Bediensteten beim Staat und in den Gemeinden tragen die Demokratie.“ Polizisten, Lehrer und viele weitere Bedienstete seien unverzichtbar für das Funktionieren eines demokratischen Staates. Deshalb werde auch hierzulande weiterhin Personal eingestellt.

Auch in Luxemburg brodelte die Debatte um den öffentlichen Dienst weiter – nicht zuletzt auf Gewerkschaftsseite. Im Februar des vergangenen Jahres kritisierte der Präsident einer national repräsentativen Gewerkschaft die Regierung scharf: Während der öffentliche Dienst großzügige Zugeständnisse erhalte, würden die Beschäftigten im Privatsektor zunehmend ins Abseits gedrängt. Sein Urteil fiel drastisch aus: „Sozial Apartheid ass leider eng Realitéit an dësem Land ginn.“ Historisch stark belastete Begriffe wie dieser mögen die Debatte polarisieren, bringen sie aber nicht voran.

Im Interview sprach Romain Wolff zudem die wachsende Zahl öffentlicher Einrichtungen an. Viele Strukturen würden nach privatrechtlichen Kriterien geführt. Das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren wurde inzwischen vorerst auf Eis gelegt. Die ausführliche Berichterstattung hierzu finden Sie in unserem separaten Artikel. (siehe Seite 1 und 3)

ml



CGFP-Neujahrsempfang

CGFP setzt Prioritäten für 2026

Mit deutlichen Botschaften ist die CGFP ins neue Jahr gestartet. Beim traditionellen Neujahrsempfang nutzte die CGFP-Führung die Gelegenheit, um auf aktuelle und gesellschaftliche Herausforderungen hinzuweisen und zentrale gewerkschaftliche Positionen zu bekräftigen.

Rund 200 geladene Gäste wohnten dem Neujahrsempfang der CGFP bei. Unter den Anwesenden befanden sich u.a. Vertreter der mehr als 60 CGFP-Mitgliedsorganisationen, der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“, eine Delegation der FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals, die als Kooperationspartner eng mit der CGFP verbunden ist, sowie Vertreter des SYPROLUX und der ULC.

CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger hob die zentrale Bedeutung eines leistungsfähigen und unabhängigen öffentlichen Staatsdienstes hervor.

Dieser sei ein entscheidender Faktor für Stabilität und Kontinuität. Der öffentliche Dienst verstehe sich als moderner Dienstleister, der nicht auf Gewinn ausgerichtet sei, sondern wichtige Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erfülle – von Bildung und öffentlicher Sicherheit bis hin zu verlässlichen Einsätzen in Krisensituationen, so Heiliger.

Vor diesem Hintergrund habe sich die CGFP entschieden gegen die aktuellen Privatisierungstendenzen im Staatsdienst ausgesprochen. Kritisch sehe der Dachverband der Staatsbediensteten die zunehmende Auslagerung staatlicher

Kernaufgaben in sogenannte „établissements publics“, die nach privatrechtlichen Kriterien geführt würden. In letzter Zeit seien vermehrt neue öffentliche Einrichtungen geschaffen oder entsprechende Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht worden.

Besonders heikel sei diese Entwicklung im Gesundheitsbereich, da hier Agenturen in der Rechtsform von „établissements publics“ ins Leben gerufen würden. Deren Mitarbeiter würden nach privatrechtlichen Kriterien eingestellt, überräumen jedoch zugleich staatliche Aufgaben, die bisher in den Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion fielen.

In Bezug auf die vorgesehene Gründung einer Agentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte forderte Heiliger ein Umdenken seitens der Politik: „Zieht den Gesetzentwurf 8491 zurück





und überarbeitet ihn – und zwar sofort!“ (Anm. d. Red.: Die Regierung hat diesen Entwurf mittlerweile zurückgestellt. Siehe hierzu Seite 1 und 3)

CGFP warnt vor kurzfristigen Lösungen

Zugleich stellte der CGFP-Generalsekretär die Argumente der Regierung infrage, mit denen die Schaffung neuer öffentlicher Einrichtungen gerechtfertigt werde. Es gehe darum, Talente zu gewinnen und die Verwaltungen flexibler zu gestalten, so das Mantra der politisch Verantwortlichen. Statt jedoch reflexartig auf die vermeintlich einfachste Lösung zurückzugreifen, sei es aus Sicht der CGFP notwendig, eine Grundsatzdebatte darüber zu führen, wie die Verwaltungen mit den erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden können, um ihre Aufgaben dauerhaft zu erfüllen. Ein weiteres Spannungsfeld betrifft die Einhaltung des von der CGFP ausgehandelten Gehälterabkommens für den Staatsdienst. Wenn öffentliche Einrichtungen oder Verwaltungschefs begännen, solche Vereinbarungen selektiv auszuliegen, stehe die Glaubwür-

digkeit künftiger Abkommen auf dem Spiel, stellte Heiliger klar. Die Verantwortung liege hierbei sowohl beim zuständigen Minister als auch bei der gesamten Regierung.

Bereits zuvor hatte CGFP-Präsident Romain Wolff seinen Unmut über die vorläufig beendet „armselige“ Rentendiskussion bekundet. Mit der Steuerreform stehe jetzt ein weiteres Thema von erheblicher Tragweite an. Aus Sicht der CGFP dürfe das Reformvorhaben keine Verlierer hervorbringen. Der entsprechende Gesetzentwurf werde derzeit eingehend geprüft; mögliche Schwachstellen müssten noch im Detail analysiert werden. Erst nach Abschluss dieser Auswertung werde die CGFP ihre Position klar definieren.

Wandel braucht Solidarität

Nach den Ausführungen zur Steuerreform richtete sich der Blick auf das veränderte internationale Umfeld. Die Demokratie stehe nicht mehr überall im Zentrum staatlichen Handelns und manche Staaten setzten erkennbar andere Prioritäten. „Mein Weltbild ist zwar nicht zerstört, aber stark angekratzt“, räumte Wolff ein.

Diese Entwicklung sorge für eine spürbare Verunsicherung. Gleichzeitig schreite der technologische Wandel rasch voran. Die künstliche Intelligenz biete zwar erhebliche Chancen, doch eine aktuelle Studie der Statistikbehörde STATEC weise auch auf mögliche Risiken hin – insbesondere für die Arbeitsplätze luxemburgischer Beschäftigter. Durch KI entstünden einerseits neue Tätigkeitsfelder, andererseits sei jedoch mit dem Wegfall eines Teils der bestehenden Jobs zu rechnen, ohne dass zwangsläufig dieselben Personen dies zu spüren bekämen.

Trotz der kritischen Töne überzog am Ende keine Resignation, sondern der Appell an Zusammenhalt und Solidarität. Wenn dieser gemeinsame Geist erhalten bleibe, könnten die kommenden Herausforderungen mit Zuversicht angegangen werden, hieß es. Darüber hinaus nutzte die CGFP-Führung die Gelegenheit, ihren Mitgliedsorganisationen für ihr Engagement im vergangenen Jahr sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CGFP für ihre tägliche Unterstützung zu danken. Gemeinsam stießen alle Anwesenden auf ein spannendes Jahr 2026 an.

ml





Zum Nachdenken

Wie Homeoffice und künstliche Intelligenz die Spielregeln der Arbeitswelt neu schreiben

Noch vor wenigen Jahren war Arbeit ein klar definierter Ort. Morgens ging man an den festen Arbeitsplatz, betrat das Büro, traf Kolleginnen und Kollegen, organisierte Abläufe im gemeinsamen Raum – und verließ diesen am Abend wieder. Der Arbeitsalltag folgte verlässlichen Routinen, das Berufsleben war räumlich und zeitlich klar vom Privaten getrennt.

Spätestens seit der Pandemie wurde dieses Modell in kürzester Zeit aufgebrochen. Die Telearbeit wandelte sich vom Ausnahmefall zur neuen Normalität und verschob die räumlichen Grenzen der Arbeit grundlegend. In Luxemburg, wo täglich Zehntausende Grenzgänger unterwegs sind, war dieser Umbruch besonders spürbar: Pendelströme veränderten sich, virtuelle Besprechungen ersetzten vielfach die physische Anwesenheit, während Wohn- und Arbeitsort enger zusammenrückten, wenn nicht sogar verschmolzen.

Dennoch blieb zunächst ein zentrales Element erstaunlich stabil: die Arbeitszeit. Die Arbeit löste sich zwar vom festen Ort, doch das vertraute

zeitliche Korsett bestand weiter. Ob im Büro oder zu Hause – der Acht-Stunden-Tag war bei Vollzeitbeschäftigung nach wie vor der verbindliche Maßstab.

Mit dem Einzug der künstlichen Intelligenz hat eine zweite, tiefgreifendere Umbruchphase begonnen, die nicht nur den Arbeitsprozess, sondern auch den Umgang mit der Zeit verändert. Zahlreiche Tätigkeiten werden erheblich beschleunigt: Aufgaben, die früher Stunden oder Tage in Anspruch nahmen, lassen sich heute vielerorts teilweise oder vollständig automatisiert in kurzer Zeit erledigen. Der Mensch greift zunehmend erst punktuell ein, um Ergebnisse zu überprüfen, einzuordnen, zu korrigieren oder Entscheidungen zu treffen. Die Arbeit wird damit nicht mehr primär über Anwesenheit und Stunden bemessen, sondern über Verantwortung und Urteilskraft.

„Die Telearbeit hat die Geografie der Arbeit zerstört, und die künstliche Intelligenz ist dabei, ihre Zeitlichkeit zu zerstören.“ Mit diesem zugespitzten Satz brachte der ehe-

malige Star der französischen Start-up-Szene, Oussama Ammar, kürzlich auf den Punkt, was viele Beschäftigte längst im Alltag spüren: Die Arbeit verliert ihre festen Muster – nach der räumlichen Entgrenzung folgt das Ende der klassischen Zeitlogik.

Damit rücken grundlegende Fragen in den Vordergrund: Was bedeutet Arbeitszeit künftig noch? Wie lässt sich die Leistung der Mitarbeiter fair vergüten, wenn Maschinen einen Teil der operativen Arbeit übernehmen? Und wie verhindern wir, dass Beschäftigte zwar formell entlastet werden, faktisch aber unter permanentem Leistungsdruck stehen, während die Schutzmechanismen aus der analogen Arbeitswelt erodieren?

Schutz statt Wildwuchs

Auch und gerade im öffentlichen Dienst, wo zahlreiche Dienstleistungen zunehmend digitalisiert werden, stellen sich diese Fragen mit besonderer Schärfe. Aus gewerkschaftlicher Sicht kann es nicht sein, dass technologische Effizienzgewinne zulasten der Arbeitnehmer gehen. Die CGFP weist seit Jahren darauf hin, dass Digitalisierung nicht mit Rationalisierung verwechselt werden darf. KI darf nicht zu Personalabbau, Arbeitsverdichtung und zusätzlichem Leistungsdruck führen.

Wenn die Produktivität steigt, müssen auch Arbeitszeitmodelle, Weiterbildung und echte Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien systematisch neu gedacht werden. Entscheidend sind die frühzeitige Einbindung der Sozialpartner sowie klare und verbindliche Regeln, damit ständige Erreichbarkeit nicht zur Regel wird.

Das politische Handeln darf sich nicht auf halbherzige Absichtserklärungen beschränken. Wenn technologische Systeme Arbeitsläufe steuern, dann sind Datenschutz und Transparenz Kernbestandteile moderner Arbeitsbeziehungen. Dafür braucht es starke Gewerkschaften wie die CGFP und gesetzliche Leitplanken. Geschieht dies nicht, droht eine wachsende Machtverschiebung zugunsten der Technologieanbieter.



Bereits die flächendeckende Einführung der Telearbeit hat gezeigt, wie schnell Arbeitsmodelle ins Wanken geraten, wenn es keine einheitlichen Vorgaben gibt. Vor diesem Hintergrund einigten sich die CGFP und die Regierung auf verbindliche Rahmenbedingungen für das Homeoffice im öffentlichen Dienst. Die entsprechende Textvorlage sollte schleunigst das Parlament passieren.

Zwischen Effizienz und Verantwortung

Die KI-Revolution wird nicht durch eine Krise ausgelöst, sondern durch wirtschaftliche Interessen und Effizienzversprechen. Gerade deshalb müssen die Erfahrungen aus der Telearbeit jetzt in die Gestaltung dieser neuen Phase einfließen. Wo klassische Maßstäbe verschwimmen, braucht es neue Schutzmechanismen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Luxemburg verfügt grundsätzlich über gute Voraussetzungen, um diesen Wandel sozial ausgewogen zu gestalten: das bewährte Luxemburger Sozialmodell, eine hohe Investitionsfähigkeit und ein ausgeprägter Bildungsgrad. Diese Stärken entfalten ihre Wirkung jedoch nur, wenn sie aktiv genutzt werden. Ohne politische Steuerung und gewerkschaftlichen Druck drohen neue Ungleichgewichte – insbesondere zwischen hochqualifizierten Fachkräften und Beschäftigten in standardisierten Tätigkeiten.

KI wird nicht alle Tätigkeitsfelder gleichermaßen verändern. Routinearbeiten lassen sich leichter automatisieren als komplexe Entscheidungsprozesse. Das verändert die Spielregeln: Menschliches Urteilsvermögen gewinnt an Bedeutung,



Erfahrung und Verantwortungsbewusstsein werden zu wertvollen Ressourcen. Daraus ergeben sich auch neue Chancen für die älteren Beschäftigten.

Gleichzeitig darf jedoch dieser Wandel nicht dazu führen, dass Arbeitnehmer mit geringerer Ausbildung abgehängt werden. Es kann nicht sein, dass Weiterbildung zur individuellen Bringschuld wird. Erforderlich sind kollektive Ansprüche auf Qualifizierung, die in der Arbeitszeit integriert sind.

Das Statement von Ammar verweist auf die tiefgreifende Veränderung: Wenn nicht nur der Ort, sondern auch die Arbeitszeit verhandelbar wird, geraten soziale Errungenschaften allzu leicht unter Druck. Umso wichtiger ist es, da-

für zu sorgen, dass die Innovation kein Selbstzweck ist. Sie muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Dies war auch eine der zentralen Schlussfolgerungen der jüngsten CGFP- und CESI-Fachtagung.

Die Zukunft der Arbeit wird nicht ausschließlich in Rechenzentren, Softwarelabors und Pilotprojekten entschieden, sondern vor allem im Sozialdialog – und dabei, welchen Wert wir der menschlichen Arbeit beimessen. Technischer Fortschritt darf nicht nur nach Effizienz und Kostensenkung beurteilt werden; ausschlaggebend ist auch die soziale Verantwortung!

Max Lemmer

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30
et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS 

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CGFP 



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG



VISION ZERO
lu
SÉCURITÉ, SANTÉ, BIEN-ÊTRE

PARTICIPEZ AU FORUM 2026

REMISE OFFICIELLE DU PRIX
20+ WORKSHOPS
100+ EXPOSANTS ET ANIMATIONS



forum.visionzero.lu 



25.03.2026



LUXEXPO THE BOX
LUXEMBOURG - KIRCHBERG

Kassensturz

Luxemburgs Staatsfinanzen sind derzeit kerngesund.

Erinnern Sie sich noch an den politischen Disput, der vor etlicher Zeit über die Frage ausbrach, wie problematisch eine Staatsverschuldung von über 30 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein sollte? Dieser Streit war genauso sinnlos wie etwa die Frage, wie wir uns auf baldige Temperaturen von minus 40 Grad vorbereiten könnten. Damals lag die Verschuldung bei 25 % des BIP, Ende 2025 unter 27 % (vom Finanzministerium auf 26,76 % geschätzt), und in ihrer letzten offiziellen Mitteilung an die EU-Kommission hat die Regierung für 2029 ebenfalls eine Rate von 27 % gemeldet. Dennoch nahmen Politiker unterschiedlicher Couleur intensiv an dieser seltsamen Auseinandersetzung teil, und die Presse berichtete ernsthaft darüber, ohne irgendwie auf die Absurdität dieser Hypothese hinzuweisen. Wir betonten damals, dass diese populistischen Spekulationen über ein bevorstehendes Budgetdesaster eindeutig von antisozialen Lobbyisten des Patronatslagers befeuert wurden und in die Kategorie der „Fake News“ gehörten. Dass hier lediglich Stroh gedroschen wurde, hat seither keiner der Protagonisten zugegeben.

Zukunftszahlen sind immer nur Schätzungen und Spekulationen. Sie regen zwar die Fantasie an, vernebeln jedoch vor allem allzu oft die Realität, indem sie die tatsächlich festgestellten Fakten entwerten. Diesen aber will sich dieser Beitrag in erster Linie widmen, indem wir die jüngste Entwicklung der Staatsfinanzen und

deren aktuelle Lage im Einzelnen – auch im Vergleich zum näheren Ausland – darlegen.

Eindeutige Fakten

Das Allermeiste, das wir über unsere Staatsfinanzen hören und lesen, stammt von reinen Amateuren, die vor allem sich selbst in Szene setzen wollen und zur Sache lediglich Dinge wiederholen, die sie glauben „aufgeschnappt“ zu haben. Wer dagegen auf die Fachwelt hört, stellt fest, dass jene Finanzakteure, die weltweit das Risiko eingehen, Milliarden an staatlichen Defiziten abzudecken, sich auf die intensiven Recherchen internationaler Ratingagenturen verlassen, deren Analysen alle verfügbaren Daten und Informationen einbeziehen.

Dabei vergeben alle Agenturen, die unsere Staatsschuld bewerten, die absolute Höchstnote AAA oder Aaa. Von weltweit 200 Staaten erhalten weniger als zehn dieses Gütesiegel. Diese Tatsache wird von den hiesigen pessimistischen Besserwissern ignoriert und verschwiegen. Wissenschaftlich begründete Erkenntnisse vertragen sich eben nicht mit Schwadronieren und Polemik. Fakten beachten manche aber nur, wenn sie propagandistisch verwendbar sind und zu ihren politischen Vorurteilen passen.

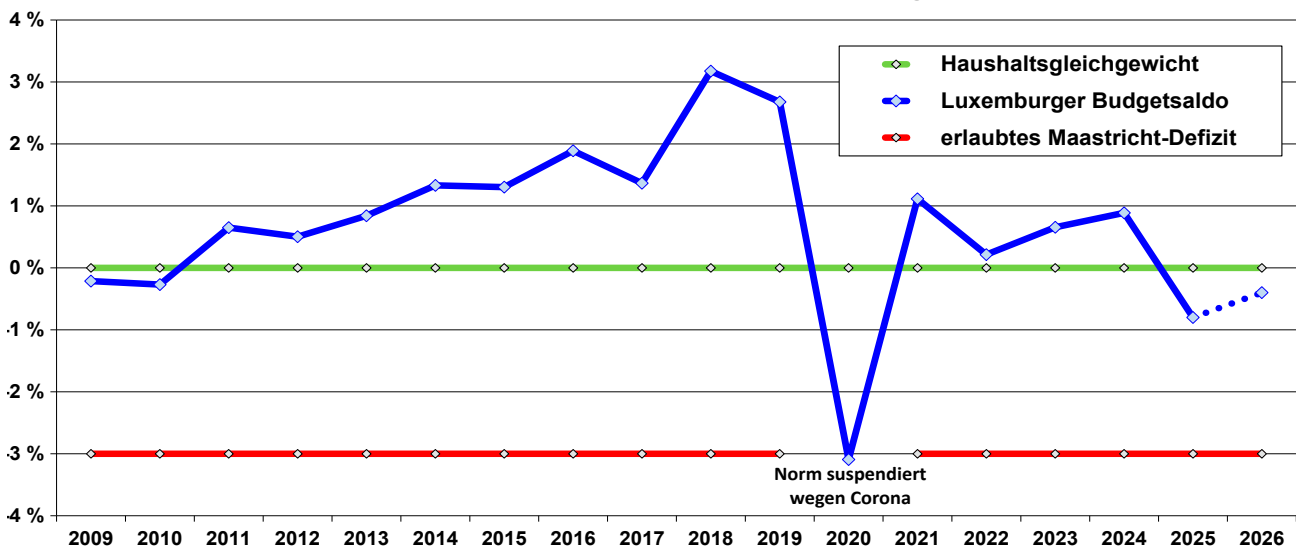
Sowohl das Gleichgewicht der öffentlichen Haushaltskonten als auch die Staatsverschuldung unterliegen seit Einführung der Gemeinschaftswährung Euro einer gemeinschaftlichen Be-

achtung sowie Regulierung und werden daher nach festen Regeln berechnet. Die sogenannten „Maastricht-Kriterien“ beziehen sich dabei auf den „Gesamtstaat“, der die Staatsverwaltungen, den Kommunalsektor und die Sozialversicherungen einschließt. Diese EU-Normen fordern einerseits eine staatliche Verschuldung von weniger als 60 % des BIP – ansonsten einen graduellen Schuldenabbau unter dieses Niveau – und andererseits jährlich einen ausgeglichenen Haushalt oder aber ein Maximaldefizit von weniger als 3 % des BIP.

Viele EU-Staaten verletzen immer wieder diese Budgetnorm: Frankreich beispielsweise erlebte in den letzten 25 Jahren noch kein einziges Mal ausgeglichene Staatskonten. Nur bei sechs von 25 Abschlüssen war das Defizit niedriger als 3 %. Luxemburg dagegen wurden im gleichen Zeitraum 20 Überschuss- und fünf Defizitjahre bescheinigt. Dabei lag das Defizit fast immer unter 1 %. Einzig im Coronajahr 2020 wurde die 3 %-Grenze überschritten, deren Gültigkeit allerdings für jenes Jahr suspendiert war. (siehe dazu untenstehende Grafik 1)

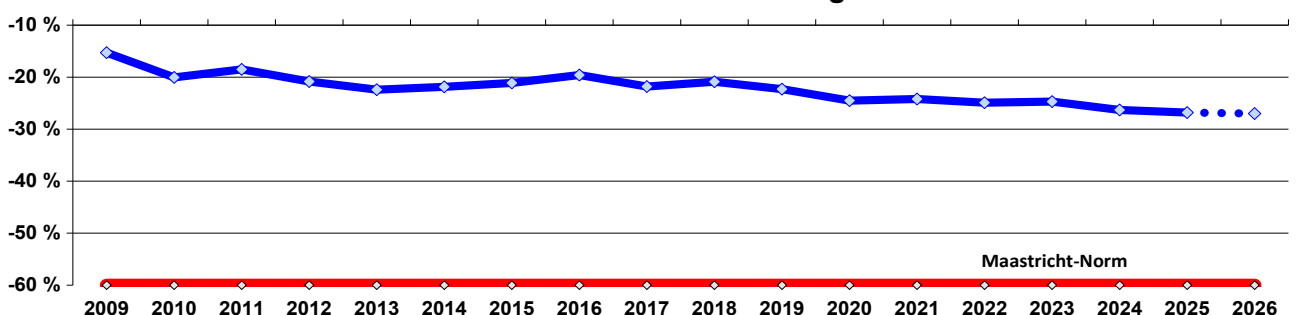
Die Entwicklung der Staatsverschuldung ergibt sich aus der Haushaltsführung in der Vergangenheit, da Defizite den Schuldenstand erhöhen. Während Luxemburgs Maastricht-Saldos für den Gesamtstaat meistens positiv waren, wies der Zentralstaat (ohne Gemeinden und Sozialversicherung) mit seinem jährlich im Parlament verab-

Saldo des Gesamtstaates nach Maastricht-Berechnung in % des BIP



Grafik 1

Staatsschuld nach Maastricht-Berechnung in % des BIP



Grafik 2

schiedeten Budgetgesetz oft ein leichtes Defizit aus, das durch hohe Investitionen in dauerhafte Infrastrukturen mitverursacht wurde. Somit hat sich das Niveau der Bruttoschuld im Laufe der Zeit durchaus nominell erhöht, ist aber kaum schneller gewachsen als die Wirtschaftsleistung des Landes.

Wie Grafik 2 verdeutlicht, ist die staatliche Bruttoverschuldung in den letzten 15 Jahren mit diversen Krisenzeiten moderat gestiegen – von 20 % im Jahre 2010 auf heute 27 %. Damit bleibt sie weit unter der Maastricht-Grenze von 60 %, die viele EU-Staaten ständig überschreiten. Ist die politische Hysterie zu den angeblich ruinierten Staatsfinanzen und dem anscheinend nicht reformierbaren Land letztendlich nicht doch nur ein reines Angstmachen, um den sozialen Appetit des Volkes zu mäßigen?

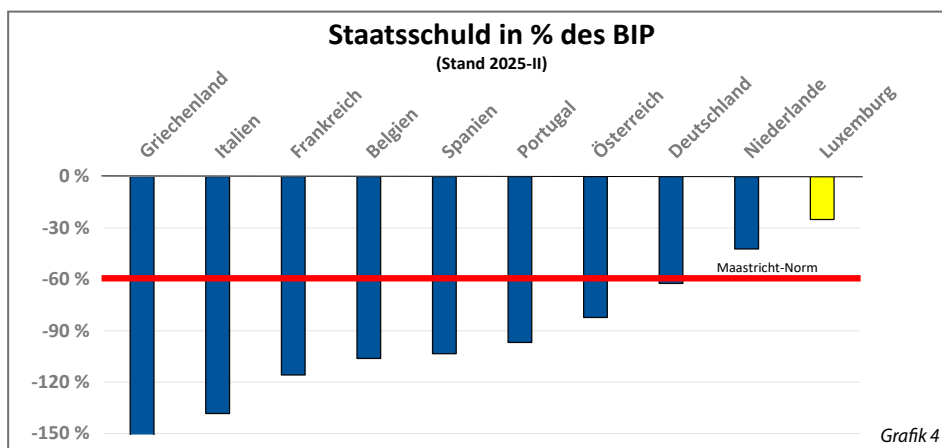
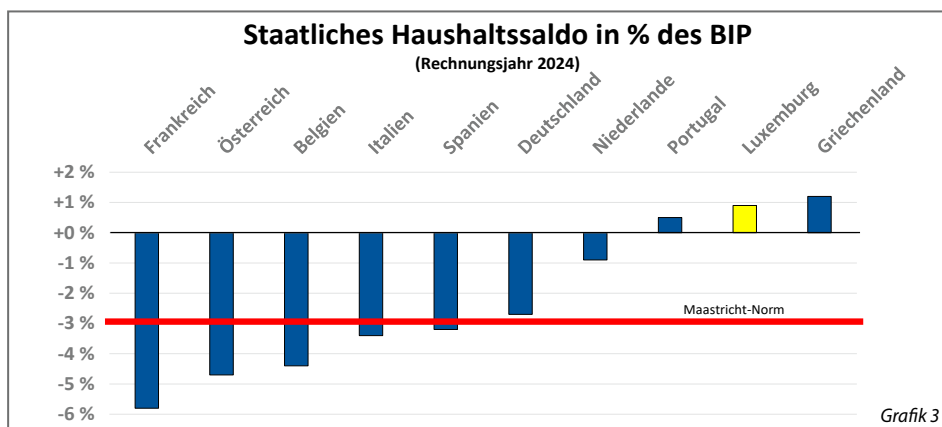
Der Musterschüler

Zur objektiven Bewertung der Lage hilft ein Blick über unsere Grenzen hinaus. Im Haushaltsjahr 2024 – die Abschlüsse für 2025 sind noch nicht verfügbar – verzeichneten Luxemburgs Konten allen pessimistischen und alarmierenden Ankündigungen zum Trotz einen Jahresüberschuss von +0,9 % des BIP. Deutschland verhielt sich mit einem Defizit von -2,7 % noch Maastricht-konform, während hingegen Belgien (-4,4 %) und Frankreich (-5,8 %) – ebenso wie andere Länder – nun mit einem Defizitverfahren rechnen müssen. Der entschuldigende Verweis der Defizitsünder auf die schwache Konjunktur ist nicht stichhaltig, weil Defizite bis -3 % eben für solche schwierigen Zeiten zugestanden wurden, statt eines Ausgleichs oder Überschusses in normalen Jahren. Zu den positiven Ergebnissen von Portugal und Griechenland in Grafik 3 ist anzumerken, dass sie die dortigen Anstrengungen belegen, um bestehende hohe Schulden mitsamt ihrer Zinslast abzubauen.

Grafik 4 zeigt für die gleichen Länder den Schuldenstand Mitte 2025. Lediglich Luxemburg mit 25,1 % des BIP und die Niederlande (42,3 %) erfüllten die EU-Erwartungen. Deutschland (62,4 %) verfehlte mit seiner „Schuldenbremse“ die Vorgaben nur knapp. Weit abgeschlagen liegen Belgien (106,2 %), Frankreich (115,8 %), Italien (138,3 %) und Griechenland (151,2 %).

Bruttoschulden

Wenn wir nun daran erinnern, dass sich die Luxemburger Schuld in den Jahren 2008 bis 2010 schlagartig verdoppelt hat, weil der Staat



Milliarden zur Rettung von Banken aufbringen musste, wird deutlich, dass der Bruttoschuld durchaus auch Finanzaktiva gegenüberstehen. Die damals erworbenen Bankbeteiligungen haben seither nicht nur solide Dividenden eingebracht, sondern auch hohe Wertsteigerungen erzielt. Somit ist dem Volumen der Staatsschuld das enorme Vermögen des Staates gegenüberzustellen – zumindest die Finanzaktiva in Milliardenhöhe, wie etwa die Aktien von Privatbanken, ArcelorMittal und SES.

Zu beachten ist vor allem auch, dass den Bruttostaatsschulden in Höhe von 24 Milliarden Euro Ende 2024 Rücklagen des öffentlichen Rentensystems „Fonds de Compensation“ (FdC) in Höhe von 32 Milliarden gegenüberstanden. Luxemburgs Nachbarn und die anderen in unse-

rem Vergleich angeführten Länder verfügen weder über nennenswerte Pensionsreserven noch über souveräne Fonds.

Im Klartext: Unter Einbeziehen der Einlagen des „FdC“ hat Luxemburg netto betrachtet eigentlich eine „negative Staatsschuld“. Statt der vorgebliehen Passiva von -27 % des BIP liegen tatsächlich Netto-Aktiva von 10 % des BIP vor.

Somit beweisen die verfügbaren Fakten zur heutigen Lage, einschließlich der Trends der letzten Jahre, dass Luxemburgs Staatsfinanzen eindeutig zu den weltweit gesündesten gehören. Offensichtlich haben alle Regierungen in der Vergangenheit dauerhaft eine verantwortungsvolle Budgetpolitik sichergestellt. Jede gegenteilige Behauptung, zu welchem Zweck sie auch immer verbreitet wird, ist faktisch falsch und irreführend.

Die Zukunftsperspektiven sind aber recht unsicher.

Das heißt jedoch nicht, dass die kommenden Jahre finanzpolitisch komfortabel sein werden. Die plötzlich erhöhten Verteidigungsausgaben, deren Ausmaß dem breiten Publikum noch nicht vollständig bewusst ist, stellen einen budgetären „Game Changer“ dar. Planungsgemäß sollen die direkten und indirekten Militärausgaben im Jahr 2035 den heutigen Gesamtausgaben des Bildungsministeriums entsprechen. Dabei ist zu unterstreichen, dass 5 % des Bruttoinlandsprodukts rund 15 % des Staatsbudgets ausmachen! Die derzeitige offensive Finanzpolitik der Regierung (mit Steuersenkungen und erhöhten Sozial- und Investitionsausgaben) verbessert die Kaufkraft der Haushalte sowie Unternehmen und zielt darauf ab, zeitnah neue Steuereinnahmen hervorzubringen. Leider wird aber das Konsum- und Investitionsverhalten im Lande massiv durch die Verunsicherungen und die Verängstigungen beeinträchtigt, welche die negative Propaganda antisozialer Lobbyisten verursachen. Ungewiss bleibt, ob sich die große Investitionsinitiative der EU infolge des Draghi-Berichts zügig

umsetzen lässt und einen soliden Aufschwung bringen wird. Jedenfalls werden europaweit – und somit auch bei uns – in den kommenden Jahren sehr hohe öffentliche Ausgaben zu stemmen sein, etwa für die Verteidigung, den digitalen Wandel, die Energiesicherheit, die Klimamaßnahmen und Ähnliches.

Zwangsläufig geraten dabei defizitäre und hoch verschuldete Staaten ernsthaft in die Bredouille. Luxemburgs mäßiger Schuldenstand hingegen bedeutet, dass unsere Regierung weiterhin politisch handlungsfähig ist. Die Welt wird nicht untergehen, wenn sich die Staatsschuld in einer Übergangsphase um einige Prozentpunkte erhöhen sollte. Zudem sind die Vorhersagen über die Entwicklung – wie bereits hervorgehoben – nur Spekulationen.

Glauben Sie also niemandem, der Ihnen seine diesbezügliche Meinung als Gewissheit verkaufen möchte, um dadurch seine politischen Interessen durchzusetzen! Während sich auf der Ausgabenseite nun offensichtlich solide Her-

ausforderungen abzeichnen, ist es ebenso klar, dass Luxemburg in letzter Zeit außergewöhnliche strukturelle Anstrengungen unternommen hat, um sich für die vielfältigen neuen Chancen des anstehenden enormen Wirtschaftswandels günstig zu positionieren.

Eine der größten finanziellen Ungewissheiten der unmittelbaren Zukunft aber betrifft die Einnahmen aus der famosen neuen „BEPs-Pillar 2“-Steuer, für die im Budget des laufenden Jahres 80 Millionen Euro eingeplant sind. Sollte sich hier aber die Prognose internationaler Experten bewahrheiten, dass dem Schatzamt jährlich Milliarden zufließen, würde dies einen echten Paradigmenwechsel für unsere Staatsfinanzen bedeuten.

Angesichts der offensichtlichen enormen Unsicherheiten muss man sich derzeit unbedingt jeder Spekulation enthalten. Die Finanzprobleme der Zukunft kann man erst sinnvoll angehen, wenn die erforderlichen Fakten auf dem Tisch liegen.

Paul Zimmer



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.